

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per Mail an: [recht@bk.admin.ch](mailto:recht@bk.admin.ch)

Donnerstag, 9. Juli 2020

## **Vernehmlassung: Covid-19-Gesetz**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

### **Grundlegendiskussion**

Die Covid-19 Pandemie stellt uns als Gesellschaft, die Wirtschaft und ganz besonders den Staat vor immense Herausforderungen. Damit diese bewältigt werden können, erliess der Bundesrat ein umfangreiches Regelwerk. Dieses stützt sich auf das Epidemien-gesetz (EPG) und andere Spezialgesetze, teilweise aber auch direkt auf die Bundesverfassung (BV). Verordnungen, die sich direkt auf die BV stützen, dürfen vom Bundesrat nur in äussersten Notlagen erlassen werden, sind zu befristen und müssen vom Parlament nachträglich durch eine gesetzliche Grundlage genehmigt werden.

Die CVP hat sich als staatstragende Partei während der Krise hinter den Bundesrat gestellt und die von ihm beschlossenen Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19 Pandemie unterstützt – daran hat sich auch jetzt nichts geändert. Für die CVP ist dennoch klar, dass die Aufarbeitung einer Krise und das Lernen daraus, integraler Bestandteil einer Demokratie darstellt. Die CVP will sich dieser Diskussion nicht verschliessen und gibt insbesondere das Folgende zu bedenken.

### **Stärkung des institutionellen Rechtsstaates**

Der Rechtsstaat muss jederzeit gewährleistet sein – das ist für die CVP unabdingbar und dafür setzt sie sich ein. Sie ist davon überzeugt, dass dies auch während der Coronakrise der Fall war. Allerdings erkennt die CVP Potential, wie die bestehenden Institutionen und Abläufe während einer Krise aus rechtsstaatlicher Perspektive zusätzlich gestärkt werden könnten.

Die CVP schlägt deswegen die Schaffung einer Rechtsdelegation vor, deren Aufgabe es ist, Erlasse der Exekutive während einer ausserordentlichen Lage vor dem Inkrafttreten auf ihre verfassungs- und Gesetzmässigkeit zu überprüfen. Mit der Finanzdelegation besteht bei dringenden finanzpolitischen Entscheiden bereits eine ähnliche, gut funktionierende Institution. Dadurch würden solche Noterlasse breiter abgestützt, die Rechtssicherheit erhöht und der Bundesrat als entscheidende Behörde gestärkt. Für die CVP ist klar, dass eine vorgängige Zustimmung rechtsstaatlich höher zu gewichten ist als eine nachträgliche Genehmigung.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister  
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio  
Generalsekretärin CVP Schweiz